

Bezugs-Preis

in der Hauptpoststelle über dem Ausgabe-
stellen abgezahlt: vierzigpfennig A 2.— bei
gewöhnlicher täglicher Bezahlung im Hand-
A 2.75. Durch die Post bezogen für Deutsch-
land u. Österreich vierzigpfennig A 4.50. für
die übrigen Länder laut Zeitungssatz.

Diese Nummer kostet
auf allen Poststellen und
bei den Zeitungs-Geschäften 10 Pf.

Schaffung und Expedition:
155 Berlinsprecher Str. 222
Postamtstrasse 6.

Haupt-Poststelle Dresden:
Ritterstrasse 84
Postamtstrasse 1 Nr. 1718.

Haupt-Poststelle Berlin:
Carlsbad, Postamt-Dresdenstrasse,
Altonaerstrasse 10
Grenzpostamt Kiel VI Nr. 4002.

Nr. 644.

Das Wichtigste vom Tage.

Im Braunschweig wurde gestern die neu-
erbauten Garnisonkirche eingeweiht. (Siehe
Zeitungs-Dep.)

Oberst Marckand hat das Mandat zur
Deputiertenkammer für den 2. Wahl-
bezirk abgelehnt. (S. Zeitungs-Dep.)

In Moskau fanden gestern Studenten-
unruhen statt. Polizei und Rotarmen mußten mit
blauer Waffe einschreiten. (S. Zeitungs-Dep.)

Der Grund der Schweigsamkeit.

Eine Gingabe der Berliner Teilchen der Kaufmannschaft behandelt die wichtige Frage, zu welchem Zeitpunkt die neuen Handelsverträge in Kraft treten sollen. Es erscheint im Interesse von Handel und Industrie durchaus geboten, daß leitend der verbindlichen Regierungen so bald als möglich eine bestimmte Erklärung abgegeben werde. Niemand wird diesen Verlangen unbillig finden können, allein andererseits dürfte die Regierung zurzeit kaum in der Lage sein, ihm zu willfährten, aus dem höchsten Grunde, weil sie sich selbst wohl noch nicht darüber ist. Bereits am 25. März d. J. hat der Deutsche Handelsring als notwendig bezeichnet, daß der Zeitraum zwischen der Entscheidung und dem Eintritt des neuen Zustandes, entsprechend der in den geltenden Handelsverträgen enthaltenen Ständigkeitserklärung auf ein Jahr be-
messen werde. Insofern hatte die Regierung sich zu dieser Frage nicht geäußert, indessen wurde allgemein angenommen, daß als Termin für den Beginn des neuen Neues der 1. Januar 1906 vereinbart worden sei. So-
wohl die Frist von einem Jahre wie der Termin des Inkrafttretens sind nun in Frage gestellt worden; denn die Unterhandlungen mit Österreich-Ungarn sollen wieder aufgenommen werden und man hat die Absicht, dem Reichstag doch noch das ganze Bouquet auf einmal vor-
zulegen.

Dieser Wunsch ist begreiflich, schon um der Anstrengung willen, aber es ist doch sehr fraglich, ob er in Erfüllung gehen wird. Man mag noch so oft erklären, daß die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns den Vertragsschluss nicht beeinträchtigen, so bleibt doch bestehen, daß die augenblickliche Lage in der Monarchie nicht geeignet ist, den Gang der Unterhandlungen zu fördern. Wenn wir überhaupt voraussehen wollen, daß die beiden Parlamente wieder arbeitsfähig werden, so kann Graf Tisza besonders dem ungarischen Reichstage nur einen solchen Vertrag vorlegen, der sich der von Tag zu Tag aufwärts-
volleren Nation gegenüber verteidigen läßt. Ob das an-
gesichts der deutschen Forderungen noch möglich ist, muß stark bezweifelt werden. Überhaupt ist die ganze Situation äußerst unsicher, wenn man kann sich nicht verbreiten, daß der augenblickliche Kampf in Ungarn nur scheinbar um die neue Geschäftsaufteilung, tatsächlich aber um die Lösung Ungarns von den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern geführt wird. Ein Vertrags-
abschluß legt aber das Fortbestehen des bisherigen Ver-
hältnisses voraus und deshalb ist eine Ratifizierung durch das ungarische Parlament gewiß nicht leicht zu erreichen, wenn auch in Österreich der § 14 wieder seine wohlbüttig absolutistische Wucht annehmen sollte. Kurz, wohin man auch blickt, nirgends zeigen sich feste Umrisse und alles ist in Nebel gehüllt.

Dazu kommt, daß jetzt in Berlin Gerüchte kursieren, als wenn Deutschland trotz aller niederländischen Erfüllungen doch bereit sei, auf dem Gebiete der Drei-Parteien-
konvention Konzessionen zu machen. Die Vertreter dürfen zunächst in eine Kommission wandern, in welcher ein langwieriges Verhandeln und Antwortspiel beginnen wird. Auch das ist charakteristisch, daß im „Dag“ ein Mitglied des Reichstages die wichtige Frage erörtert, ob es bei den Handelsverträgen nur ein Ja oder Nein geben oder ob auch eine Aenderung der Verträge durch den Reichstag vorgenommen werden könne. Auf Seiten des erstenen Auftauchenden, der Altrechtsländer und Graf Bilow, auf Seiten der zweiten Auftauchenden die Autorität Delbrücke und des Fürsten Herbert Bismarck. Staatsrechtssachverständige wie Horn, Raban u. a. haben die Möglichkeit zur Aenderung von Staatsverträgen durch den Reichstag aner-
kannt. Wir können uns sehr wohl eine parlamentarische Konstellation denken, die dahin führt, daß der Reichstag gewisse Vorholte zu den Verträgen aussprechen möchte. Eins ist jedenfalls klar, daß eine solche Reihe von Möglichkeiten vorhanden ist, daß sie sich ausreizt kaum übersehen lassen, so daß es nicht als hoher Wille der Regierung aufzufordern werden darf, wenn sie sich nicht enttäuschen kann, ihr Schweigen zu brechen. Dies liegt der merkwürdige Fall vor, daß die Regierung zu einem früheren Zeitpunkte leichter dazu inszurichten wäre als jetzt. Sie hat für ihre heutige Schweigsamkeit wahrscheinlich den überaus triftigen Grund, daß sie nichts zu sagen weiß.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Montag den 19. Dezember 1904.

Anzeigen-Preis

die gespaltene Zeitzeile 25 Pf.
Reklamen unter dem Reklamebrief
(4 Spalten) 75 Pf., nach den Reklame-
reihen (4 Spalten) 60 Pf. — Tafelblätter
und Blätter werden entsprechend höher be-
rechnet. — Gebühren für Nachdrucke und
Übersetzungen 25 Pf.

Anzeigebrief für Anzeigen:

Übers-Redakteur: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind erst an die Redaktion gerichtet.
Extra-Blätter sind mit der Morgen-
Ausgabe nach beliebter Berechnung.

Die Expedition

W monatlich unterschriften geliefert von
juli 8 bis oktober 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Volz in Leipzig
Ges. Dr. H. & H. Klaßbeck.

98. Jahrgang.

Koloniales.

* Das amtliche „D. Kol.-Bl.“ lädt sich in seiner jüngsten veröffentlichten Nummer 25 über die Buren an jied-
lung in Deutsch-Südafrika wie folgt aus:

Das in Pretoria erscheinende Organ der Buren-
partei, „Volksblatt“, veröffentlicht in den Ausgaben
vom 15. und 19. Oktober d. J. zwei Briefe von Ver-
trauensmännern der Buren, in welchen diese über ihre Erfahrungen und Beobachtungen auf ihrer Reise in
Deutsch-Südafrika berichten. Der eine Brief ist geschrieben von J. P. Botha, der andere von J. G. Viljoen, V. L.
Vogtmeier und G. R. Badile. Die Verfasser beider
Briefe haben im wesentlichen denselben Ton gemacht;
sie landeten um die Mitte dieses Jahres in Lüderitz, be-
gaben sich mit der Bahn nach Kapstadt und zogen von
da weiter, zwar in westlicher, dann in nördlicher
Richtung bis zum Klimmandshoek. Die Rückfahrt be-
merkten sie mit der Ugandaebahn. Beide Reise-
gesellschaften hatten auf dem Marsch von Kapstadt
noch Weinen getrunken unter dem Eindruck zu lieben.
Tagegen sind beide Berichte voll Lobes über das
Land am Klimmandshoek; dieses wird für
durchaus gesund und für Ackerbau und
Birzucht sehr geeignet erklärt. Wah-
rend der Bericht Viljoens und seiner beiden Genossen
an dem Lande nur das auszulegen hat, daß es gerade
in keinen besten Zeiten eingeboren gehabt und aus
diesem Grunde von der Auswanderung dorthin abrat,
schließt Botha seinen Brief mit den Worten: „Ich habe
nur den einen Wunsch, daß ich alle unsere Freunde die
jetzt vor Kriegszeit beinahe befreit um-
kommen, aufzubauen und in Deutsch-Südafrika niederge-
lassen könnte. Könnte ich das tun, ich würde damit
nicht bis morgen warten.“ Nach Bothas Bericht, der
trotz nach der Aufführung von der Seite am 10. Oktober
dieses Jahres geschrieben ist, befinden sich an der Zeit,
als er Deutsch-Südafrika verließ, 14 Burenfamilien mit zusammen 80 Bürgern derselbig. Bemerkenswert ist
bei beiden Berichten die dankbare Anerkennung des
freundlichen Engagements, das den Buren von
leitenden Beamten und nichtbeamten Deutschen in
den Südsudan gezeigt wurde. Bei dieser Gelegenheit
mag darauf hingewiesen werden, daß die Zeitungs-
redaktionen, welche von der geplanten Gründung
eines besonderen Burenstaates in
Deutsch-Südafrika zu berichten wünschen, jeder-
falls schriftlich Unterlagen entbehren. Die
nach Deutsch-Südafrika einwandernden Buren wer-
den sich selbstverständlich der dort geltenden deut-
schen Gesetze und Verwaltung unterwerfen und haben auch ihrerseits davon
abweichende Bünde gar nicht vorgedacht.

Der russisch-japanische Krieg.

Kapitän Klapo als Held des Tages.

Kapitän Klapo, der mit 15 Tagen Arrest bestraft wurde, aber
bereits entlassen wurde, beharrte der sofortigen
Verteidigung des Amtes des Admirals Rosch die si-
chere durch ein drittes Geschwader, verließ seine
Ansicht in der Presse weiter. Am 14. erschien im
„Klub“ folgende Mahnung aus seiner Feder:

„Sinnlos ist die Abfahrtzeit vergeht das Eine
nicht und erinnert mich wieder meiner Worte: Aus-
reise im Mai bedeutet so viel wie Ausreise im August
oder September. Im Sommer steht der Russen
(so nennen die Russen den Montum) mit durchbohrtem
Gewalt am Ästuarischen Ocean, und es ist unbedenklich, daß
die Panzer der Küstenverteidigung oder die Torpedoboote
oder Boote wie der „Choroba“ vor Beauftrag des
Winters dort fahren könnten. Vom dritten Geschwader
wird, wenn es überhaupt kommt, nur ein Teil zur Unterstützung des Admirals Roschstahlwuns zu-
reicht kommen, nämlich der, welcher stand ist, gegen
den Russen anzukämpfen, und dieser Teil wird nicht
stärker sein als der, der die Ausreise auf der Stelle
antreten kann. Ich also die sofortige Abfahrt dieses
Teiles nicht das Beste? Wenn er sich auch verzögert,
dann trifft er doch nicht um vieles später ein als das
amte Geschwader und die Panzer werden keine Zeit
haben, ihre beschädigten Schiffe auszubessern. Röhrt
aber dieser kleine Teil des dritten Geschwaders erst
neben Monate nach dem zweiten an, dann muß er den
Kampf mit der wiederhergestellten japanischen Flotte
aufnehmen. Sofort, sofort sofort, sobald die Panzer
können! Verliert keine Minute, oder das „zu spät“
wird eintreten, verleiht mir wohl das Wort „zu spät“
durch die Ausrücksart dieses Wortes, bestreit,
wie viel Unfall es verhindert!“

Wie im „D. T.“ obenwärts festgestellt wird, nahm die
durch den Theaterskandal mit der „Balatta“ der momentan
gewisse schwere Belastung den Geschwürz Alexej in
Petersburg dort erregte öffentliche Meinung in einer so
kurzen Weile für Mado Klapo, daß der Zar sich ihrem
Urtheil wohl nicht entzähnen konnte und eine nochmalige
Prüfung der Angelegenheit anordnete, die dann in der
überwältigenden Aufsehung des Strafs. kam. Diese mußte allerdings vom Standpunkt der Flottendisziplin einen
sehr merkwürdigen Eindruck, der momentan im Ge-
offizierskorps ein gewaltiger sein muß. An jedem anderen
Staate würde sie sich am Ende niedergelegt haben,
des Flottenkreises führen. Da der Redaktion der
„Narodnaja Wremja“ steht sich eine große Anzahl Personen
ein mit der Bitte, eine Goldmedaille zu eröffnen, damit
dem Kapitän Klapo, dem Berater des in der „Narodnaja
Wremja“ erschienenen Artikels „Nach Absage des zweiten
Geschwaders“ ein Ehrenabzeichen verliehen wird.
Andere bringen Beiträge, die sie als Kunden
eines Tochterbootes bestimmen, das den Namen „Klapo“
tragen soll. „Berber“ (Frankfurt) tragen soll. „Berber“

ist nämlich das Pseudonym, unter dem Kapitän
Klapo obigen Artikel erschienen ist.

Die russischen Truppen im Nordosten von Korea

bereiten, wie der „Königl. Blg.“ aus Seoul geschrieben
wird, sich auf den Winter vor; daß täglich lange angeblich
4 bis 500 Schüsse von Maschinengewehren mit Lebens-
mittelbeladen in Sonnatsch an, von wo ihre Ladung
in Schleppkarren und auf Lastpferden nach Puchong, wo das Groß der Stufen liegen soll, und den übrigen
Stapeln geliefert wird. Natürlich soll auch ein neuer Kommandeur aus Kina dort eingesetzt werden. Natürlich
läuft in diesem Teil Korea nur ein langer Geld um, die japanischen Menschen sind verboten. Aber auch die Japaner verloren ihren Einfluß im Norden
ganz schnell und besonders Korea und China
zu schützen, daher hat es den Krieg gegen Kina begonnen. Die japanischen Militärs werden die
Bewohner schwächen. Sozialistische Erhebungen haben den
Japanern gezeigt, daß die Koreaner von den Brüder-
schaften befreit und ausgelöscht werden; dies wird in
Korea abgedient werden. Um es zu erreichen, er-
wartet die Japaner eine ähnliche Unterwerfung wie
im koreanischen Volk, vor allem Nahrungsmittel und
Arbeitskräfte.“ General Hasegawa hat sich nach Wörtern
bekannt. Die japanischen Truppen hatten schon einige
Tage vorher nach Seoul verlossen.

„Menschlichkeit“ des „Souveränen“ Artikels mit der
Leipziger Parteileitung getragen werden ist, kommt in
diesem Streit um die „Sinnlosigkeit“ als neu in Betracht.

*

Berlin, 18. Dezember.

* Zur Wiederaufnahme der deutsch-österreichischen
Konferenzen. Die Wiedereröffnung der minderlichen
Verhandlungen mit Österreich-Ungarn soll, wie wir
gern erwartet haben, in der Form geschehen, daß die öster-
reichischen und ungarischen Delegaten, wahrscheinlich
aber auch der Handelsminister Baron Gall, Ackerbau-
minister Boutron, sowie der ungari-
schen Ministerpräsident teilnehmen. Definitiv ist jedoch im Augenblick die Ab-
reise der beiden österreichischen Minister noch nicht.“ Wenn, wie man annimmt, im Sinne der Einleitung
mindlicher Konferenzen entschieden werden sollte, werde
man einen Beschluss darüber fassen, welche Form der
mindlichen Verhandlungen der deutschen Regierung vor-
auszugehen sei. Deutschland hat angeregt, Detailsfragen,
insbesondere jene der Veterinärkonvention, die sich zur diplomatischen Verhandlung oder zur Be-
ratung durch sämtliche Unterhändler nicht eignen, in
einem engen Komitee zu erörtern und erst
wenn in diesem eine Einigung erfolgt ist, Konferenzen
sämtlicher Delegierter abzuhalten.

* Der Anfang der Erstwahl in Jerichow gilt der frei-
findigen Berliner Presse der verschiedenen Schätzungen zu
den bekannten Diskussionen über den Liberalismus reichlich
Gelegenheit. Das „Berl. Tagebl.“ sieht in der Wahl des
Lehrers Merten eine Lehre für die liberalen Parteien,
eine Lehre, die selbstverständlich eine Wahrung in sich
enthält.

Wir haben schon vor der Wahl darauf hingewiesen, daß die
Wahl ein Schulspiel für den Liberalismus bedeutet:
hier kann der Schulabschluß vorsätzlich zeigen, daß er
in geschickten Reihen schlägt, auch an solchen Wahlstellen
wie hier über Realien und Sozialdemokratie konzentriert
sind. Die höher als Domäne einer dieser Parteien gelten.
Schwierigkeiten in unserer Wahrung infolge herdrückt werden,
als die Nationalliberalen, wenn sie auch nicht mit den Voll-
parteien von vornherein zusammenhängen, doch auf das unnatürliche
Bündnis mit den Konservativen verzichten, das höher der numerisch dominanten Partei, nämlich über dem Konservati-
ven, das Sichtwahlgut in diesem Kreise bildet.

Von einem „Vogel des Kindes“ ist die freisinnige vol-
parteiliche „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen der bürgerlichen
Kinder in die Sozialdemokratie.“ In diesem Sinn ginge
also der „Vogl. Blg.“ mit den gegenwärtigen Tendenzen des
„Berl. Tagebl.“ überein. Die „Freisinnige Zeitung“
möchte den ganzen Diskussionen den Boden ab-
schneiden. Der Artikel der „Vogl. Blg.“ wird abgebrochen
und im nächsten Artikel nur bemerkt, daß durch eine besondere nationalliberale
Parteipolitik „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen der bürgerlichen
Kinder in die Sozialdemokratie.“ In diesem Sinn ginge
also der „Vogl. Blg.“ mit den gegenwärtigen Tendenzen des
„Berl. Tagebl.“ überein. Die „Freisinnige Zeitung“
möchte den ganzen Diskussionen den Boden ab-
schneiden. Der Artikel der „Vogl. Blg.“ wird abgebrochen
und im nächsten Artikel nur bemerkt, daß durch eine besondere nationalliberale
Parteipolitik „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen der bürgerlichen
Kinder in die Sozialdemokratie.“ In diesem Sinn ginge
also der „Vogl. Blg.“ mit den gegenwärtigen Tendenzen des
„Berl. Tagebl.“ überein. Die „Freisinnige Zeitung“
möchte den ganzen Diskussionen den Boden ab-
schneiden. Der Artikel der „Vogl. Blg.“ wird abgebrochen
und im nächsten Artikel nur bemerkt, daß durch eine besondere nationalliberale
Parteipolitik „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen der bürgerlichen
Kinder in die Sozialdemokratie.“ In diesem Sinn ginge
also der „Vogl. Blg.“ mit den gegenwärtigen Tendenzen des
„Berl. Tagebl.“ überein. Die „Freisinnige Zeitung“
möchte den ganzen Diskussionen den Boden ab-
schneiden. Der Artikel der „Vogl. Blg.“ wird abgebrochen
und im nächsten Artikel nur bemerkt, daß durch eine besondere nationalliberale
Parteipolitik „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen der bürgerlichen
Kinder in die Sozialdemokratie.“ In diesem Sinn ginge
also der „Vogl. Blg.“ mit den gegenwärtigen Tendenzen des
„Berl. Tagebl.“ überein. Die „Freisinnige Zeitung“
möchte den ganzen Diskussionen den Boden ab-
schneiden. Der Artikel der „Vogl. Blg.“ wird abgebrochen
und im nächsten Artikel nur bemerkt, daß durch eine besondere nationalliberale
Parteipolitik „Vogl. Blg.“ nicht entzweit. Sie rief auf:
„Gott lob, daß wir wieder eine neue Praxis haben!“ Es stellt sich heraus, daß sie vor allem die Sozialdemokratie aus der „Wegung ohne Parteibildung“ austreibt, will, wiegen sie, gerade im Hinblick auf
Jerichow sagt: „Hier zu Ende heißt die Empfehlung des
Vogls der Unten“, der die Sozialdemokratie empfiehlt,
nichts anderes als das Ausgrenzen